

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU



Weltuntergangsjahr 2012

Produziert das Klima Flüchtlinge?

Radwegausbau mit gefährlichen Hindernissen

Bürgerinitiative begeht bereits die 5. Weihnachtsfeier

Wiens Singvögel brauchen unsere Hilfe

Weihnachtswunder am Handelskai

Gefährliche Grüne Idee

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Mit allen Mitteln und um jeden Preis!



Was dem ungewaschenen und stets gewaltbereiten „Linken Mob“ mit Bierfahne, der sogenannten „Antifa-Bewegung“, mit Demonstrationen nicht gelungen ist, wird nun durch die Hintertür erledigt.

Nach enormem politischem und medialem Druck auf die Gesellschafter der Veranstaltungstätte, der Wiener Hofburg Kongresszentrum BetriebsgesmbH, wird dem WKR-Ball (Wiener Korporations Ring) ab dem Jahre 2013 die Hofburg nicht mehr zur Verfügung stehen.

Es ist der unaufhaltsame Erfolg der FPÖ, der nun eine neue und äußerst bedenkliche Dimension im politischen Kampf um Wählergunst und Machterhalt entfaltet hat. Seitdem HC Strache von einem Wahlsieg zum anderen strebt, wird die FPÖ von machtbesessenen Linksideologen und deren subventionierten Handlangern bekämpft und kriminalisiert. Da der Erfolg bislang ausgeblieben ist, haben sich nun Politik, Medien, SubventionsempfängerInnen aus Kunst und Kultur, Glaubensgemeinschaften und Wirtschaftstreibende zu einer „realfaschistischen“ Allianz zusammengeschlossen. Die FPÖ muss mit allen Mitteln und um jeden Preis vernichtet werden. Der WKR-Ball, von der UNESCO als immaterielles Kulturerbe in Österreich bezeichnet, wird den Wählerinnen und Wählern als Ball der „Rechtsextremen“ präsentiert und bietet somit ein willkommenes Angriffsziel.

Jetzt musste die Betreibergesellschaft dem „System“ zeigen, wie sehr sie sich am Kampf gegen die FPÖ beteiligen kann. Somit musste die Ausladung offenbar zwingend vorgenommen werden. Aber auch Unternehmen, die den 2012er Ball mit Dienstleistungen (Musikgruppen, Catering, Ballspenden etc.) möglich machen, wurden bereits kontaktiert, ob sie tatsächlich den heurigen Ball unterstützen wollen. Viele beriefen sich auf unkündbare und einzuhaltende Verträge, um nicht von Sanktionen betroffen zu sein oder ins rechte Eck gedrängt zu werden.

Ein Vergleich mit Methoden der „Camorra“ ist hier durchaus zulässig. Es macht auch das Demokratieverständnis der Repräsentanten unseres Landes sichtbar, die das Wort „Demokratie“ in ihrem Parteinamen führen.

Wer die Gewaltaufrufe und die Hetzparolen gegen den WKR-Ball 2012 liest, der darf zu Recht Angst haben, dass von den Demo-Organisationen auch aktive Gewaltausübung gutgeheißen wird. Erinnern möchte ich dabei an den Opernball 1987, wo von Links-Chaoten „Jetzt holen wir uns den Strauß, den Schleier haben wir schon!“ skandiert wurde. Gemeint waren Ministerpräsident Franz Josef Strauß als Ballbesucher und Hans Martin Schleyer, der bekanntermaßen von der RAF ermordet wurde.

Bezirksparteiobmann
LABg GR Gerhard Haslinger

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Vor kurzem wurde im Bezirksparlament das Budget für das Jahr 2012 beschlossen. Dafür stimmten lediglich die Vertreter der SPÖ, die in der Brigittenau zwar nicht mehr über die Mehrheit der Wählerstimmen, wohl aber noch über die absolute Mehrheit an Bezirksrats-Mandaten verfügt.

Was hat uns 15 freiheitliche Mandatare bewogen, den Bezirksvoranschlag abzulehnen, wo doch ziemlich genau die Hälfte der Ausgaben für die nach wie vor dringend erforderliche Sanierung unserer Pflichtschulen im Bezirk vorgesehen ist? Nun, der Grund dafür ist ganz einfach: Die Gelder, die dem Bezirk – oder man muss eigentlich korrekter sagen: den Bezirken allgemein – zur Verfügung gestellt werden, entsprechen nicht mehr den Aufgaben, welche die Stadt den Bezirken übertragen hat. Betrogen die Mittel im Jahr 2010 noch € 7,544.200 und 2011 dann € 7,581.800 so sind es 2012 nur mehr € 7,417.000. Die Brigittenau muss also seit nunmehr 3 Jahren praktisch mit Einnahmen in unveränderter bzw. sogar verringerter Höhe auskommen.

Berücksichtigt man dann noch die seither eingetretene Preissteigerung so zeigt sich ein noch traurigeres Bild: Real haben sich die dem Bezirk zur Verfügung stehenden Mittel seit 2010 um 516.500 Euro – also mehr als ½ Million – vermindert.

Ganz anders schaut es demgegenüber im Budget der Stadt Wien aus: Wie Sie wissen wird das Leben in der Bundeshauptstadt 2012 empfindlich teurer. Da steigen die Müll- und Abwassergebühren ebenso wie der Wasserpreis (+33 %!), Kurzparken wird um 67 % teurer, Falschparken und abgeschleppt werden sogar um mehr als 70 %. Neben Ortstaxe und ORF-Landesabgabe wird auch die Hundeabgabe kräftig angehoben (+65 %) und den Höhepunkt bildet schließlich die U-Bahnsteuer, die um nicht weniger als 178 %! erhöht wird.

Dieser Gebührenerhöhungsrausch der rot-grünen Koalition führt dazu, dass die Budgeteinnahmen der Stadt gegenüber dem Rechnungsabschluss 2010 um mehr als 7,3 % und somit auch real – steigen.

Einerseits werden die Wienerinnen und Wiener also zur Kasse gebeten und andererseits hungert man die Bezirke finanziell aus. Wir Freiheitliche machen da nicht mit

Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam

Stau statt Naturschutz

Wir berichteten in unserer letzten Ausgabe über die verkehrstechnisch und umweltpolitisch unerfreulichen Entwicklungen im Bereich des Befehlsstellwerkes Brigittenau. Wir dürfen in dieser Ausgabe berichten, daß unsere Recherchen nun auch zu einer diesbezüglichen Anfrage des FPÖ-Parlamentsklubs im österreichischen Nationalrat und damit zur Konfrontation von Verkehrsministerin Bures mit den Sachverhalten führten.

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2012

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at
„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.
Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;
Chefredakteur: Michael Howanietz; michael.howanietz@fpoe.at; Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@fpoe-wien.at
Titelbild: Quelle: Robert Lizar; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.
Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.
Leserbriefe können aus Platzgründen nicht publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Weltuntergangsjahr 2012?

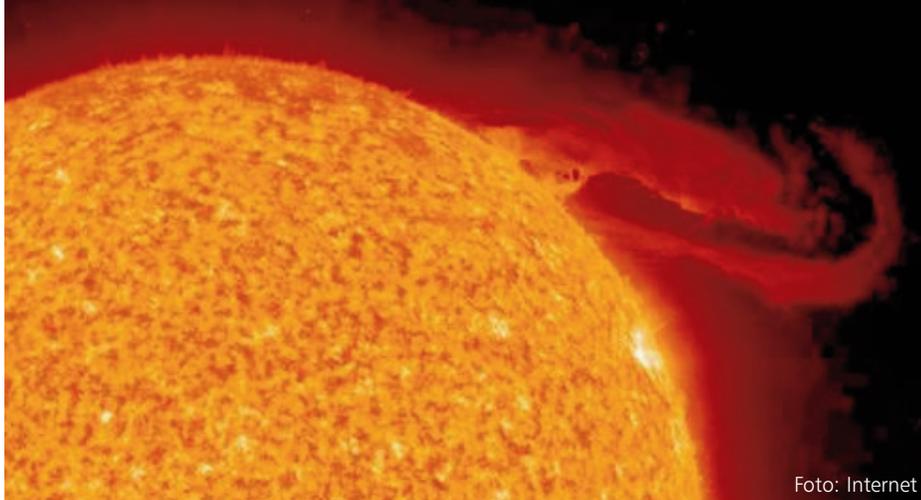


Foto: Internet

Von Apokalyptikern und Weltuntergangspropheten wird das Ende der Welt für 2012 erwartet. Diese Annahme stützt sich zumeist auf den Maya-Kalender, unterschiedlichste Weissagungen und eher obskure Befürchtungen bezüglich plötzlicher Polsprünge oder das Eintreffen eines „Killerplaneten“.

Es stimmt, daß sich für den Sommer 2012 eine Fülle an Indizien anhäufen läßt, die zumindest gravierende Veränderungen auf unserem Planeten erwarten lassen. Dazu zählt unter anderem die gerade für die Zeit der Olympischen Spiele prognostizierte maximale Sonnenaktivität.

Schon 1859 zeigte ein kompletter Ausfall des Telegraphennetzes in Europa und Amerika, wie nachhaltig Sonnenstürme auch auf der Erde wirksam werden. Schätzungen, was ein solches Ereignis heute an Schäden verursachen könnte, belaufen sich alleine für die USA auf zwei Billionen Dollar. Ein Rettungsschirm wird zur Abwendung eines solchen Geschehens ähnlich wenig nützen, wie er das bei der angeblichen Stabilisierung des Euro tut.

Theoretisch könnte sich also einiges von dem bewahrheiten, was Endzeit-Verkünder für 2012 voraussag(t)en. Faktisch sind die uns in diesem Jahr möglicherweise bevorstehenden Veränderungen aber sehr viel eher in allzu irdi-

schen Ursachen zu vermuten. Wie lange führen Regierungen ihre Bürger punkto Weltwirtschaft, Spekulanten, Pleitestaaen und Euro-Stabilität noch hinters Licht? Wie lange funktionieren unsere sozialen Sicherheitsnetze in einem von unersättlicher Profitgier, Lug und Trug geprägten Umfeld?

Die Antwort könnte heuer erfolgen und sie könnte sehr viel dramatischer ausfallen als uns lieb sein kann. Soziale Unruhen quer über den Kontinent sind eine der harmloseren Umschreibungen für den drohenden Volksaufstand der Wutbürger, die nichts mehr im Börsel und zu wenig auf dem Teller haben, während Banken, Konzerne und Superreiche ihre Schäfchen ins Trockene bringen.

Die Primärgefahr droht nicht aus dem Kosmos, aber sie könnte kosmische Ausmaße annehmen, wenn nicht rasch und wirksam gegengesteuert wird. Gegen den Ausverkauf von Bürger-, Freiheits- und Hoheitsrechten, von Familiensilber und Infrastrukturen zur Versorgung mit den Lebensgrundlagen Wasser, Nahrung und Energie. Hier sind die europäischen Regierungen dringend gefordert umzudenken und nicht länger die sozialen Errungenschaften von Jahrzehnten dem zwanghaften Festhalten an einem gescheiterten Finanzsystem zu opfern.

Michael Howanietz

Produziert das Klima Flüchtlinge?

Der von den „reichen Industrienationen“ verursachte „Klimawandel“ sei schuld, daß immer mehr Menschen von Naturkatastrophen betroffen seien und ihre Heimat verlassen müßten. Das ist das Dogma der politisch Korrekten und deshalb müssen die Europäer einen milliarden schweren CO₂-Zertifikate-

handel berappen und dazu immer mehr „Umweltflüchtlinge“ aufnehmen.

Ja, das Klima wandelt sich, wie es das zu jeder Zeit tat und tut. Nein, die Schuld oder auch nur ein Beitrag des Menschen am aktuellen Wandel ist keineswegs beweisbar. Was aber belegbar ist, sind ganz andere Zusam-

menhänge. Etwa eine wahnwitzige EU-Fischerei- und Agrarförderungspolitik, die Millionen Afrikaner arbeitslos macht, die dann als Wirtschaftsflüchtlinge mit einstigen Fischerbooten (die jetzt Schlepperboote sind) übers Mittelmeer schipperrn.

Weiters nimmt der Raubbau an der Natur immer erschreckendere Dimensionen an, was zu Wüstenbildung, Überflutungen,... führt. Weiters werden immer mehr Siedlungen auf Erdbebenlinien, in Vulkannähe,... errichtet, was im Fall des Falles natürlich hohe Opferzahlen nach sich zieht. Schließlich weisen zahlreiche Dritte-Welt-Länder in den letzten 50 Jahren Bevölkerungszuwächse von bis zu 200 Prozent auf, was naturgemäß zu mehr Opfern führt, wenn ein zerstörerisches Naturereignis eintritt.

Wenn nun Europa auf Erneuerbare Energien setzt und Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien weiterhin auf fossile Energieträger setzen (die nur mehr für einen begrenzten Zeitraum verfügbar sind), wird sich am technologischen Rückstand dieser Länder nichts ändern. Wenn diese Kluft durch europäische Geldmittel und den sogenannten Verschmutzungsrechteland noch vertieft wird, wird das den angeblich menschenverursachten Klimawandel nicht aufhalten können, weil ja global nicht weniger CO₂ emittiert wird, sondern die „Verschmutzungen“ eben nur andernorts erfolgen.

Zu guter Letzt wird Europa ein weiteres Mal für seine falsche Politik bezahlen, wenn sich Nettmenschen-Organisationen durchsetzen und der „Klimaflüchtling“ als Flüchtling gemäß Genfer Konvention anerkannt wird. Dann nämlich wird auch Europa geflutet, mit möglicherweise bis zu 200 Millionen Flüchtlingen, wie die IOM (Internationale Organisation für Migration) für 2050 in Aussicht stellt. Spätestens dann wird ein drastischer Klimawandel spürbar werden, der aber eher gesellschaftlicher Natur sein dürfte.

Michael Howanietz



Foto: Internet



Foto: Internet



Radwegausbau mit gefährlichen Hindernissen!

Um das Radwegenetz im Bezirk zu schließen, wurde in der Stromstraße der Geh- und Radweg im Bereich der Unterführung Nordwestbahn umgebaut und verbreitert. Viel Steuergeld wurde dabei für die Radlergemeinschaft in die Hand genommen. Nun wird der neu errichtete Weg durch eine Verkehrszeichenstange, die in den Weg gesetzt wurden, wieder eingeengt. Die Montage der Verkehrszeichen wäre mit Sicherheit auch am Geländer möglich gewesen. Wenn man bedenkt, dass der teure Umbau zum Ziel hatte, den Geh- und Radweg zu verbreitern, um die Sicherheit zu erhöhen, dann ist diese Aktion ein deutliches Zeichen für „Grünes Desinteresse“ in der Verkehrspolitik!

Parkplatzraub

Im Bezirk geraten sukzessive durch bauliche Veränderungen Parkplätze in Verlust. In der Gesamtheit betrachtet werden es in den letzten Jahren mindestens 100 Stellplätze gewesen sein. Nun wurden wieder 3 von 11 Parkplätzen vernichtet. Denn in der Stromstraße 19-25 wurden in der Parkspur 3 Baumscheiben errichtet. In diesem Bereich befinden sich auch 3 Lokale, die jetzt noch weniger Parkplätze in ihrer Umgebung für Gäste haben. Offenbar sieht sich die Rot-Grüne-Stadtregerung gezwungen, jetzt wo das Parkpicken billiger wird,



auch Parkraum zu zerstören. Frau Vize-BM Vassilakou: Die Parkraumbewirtschaftung soll den Fahrzeugverkehr einschränken und nicht Parkplätze vernichten!



Fotos4: Haslinger

Bürgerinitiative begeht bereits die 5. Weihnachtsfeier!

Engagierte Menschen aus der Brigittenau, vielen als „Bürgerinitiative Dammstraße“ bekannt, trafen sich bei einer beschaulichen Weihnachtsfeier im Grätzlokal „Styria XX“.

Der (vorläufige) Erfolg hat sie zu einer motivierten Gruppe zusammengeschweißt. Bunt gemischt aus unterschiedlichen Berufsgruppen und Senioren, pflegen sie untereinander mittlerweile ein sehr freundschaftliches Verhältnis. Seit der letzten Wienwahl sind auch zwei Damen der Initiative als FPÖ-Bezirksrätinnen im Brigittenauer Bezirksparlament tätig.

Zu der sehr besinnlichen Feier war auch LABg. GR Gerhard HASLINGER eingeladen, der in einer kurzen Ansprache das Engagement und den unermüdlichen Protest der Gemeinschaft

in den Vordergrund stellte. An diesem harmonischen Abend im Advent wollte niemand an einen bevorstehenden Aus-

bau der Atib-Moschee in der Dammstraße 37 denken.



Silvester 2011

Der letzte Jahreswechsel wird mit Sicherheit zu den ruhigeren der vergangenen Jahre zählen. Im Bezirk haben sich die Sachbeschädigungen, im Vergleich zur Vergangenheit, in Grenzen gehalten. Ein Verdienst dafür war auch die kluge Entscheidung des örtlichen MA 48-Stützpunktes, mehr als 100 Mistkübel, an neuralgischen Örtlichkeiten im Bezirk, abzumontieren. Die MA 42 (Stadtgartenamt) hat es da schon schwerer, deshalb musste auch das Mobil-Klo am Sachsenplatz daran glauben. Die Lust am Zerstören, von Menschen die wenig Lust auf Arbeit haben, wird in der Silvesternacht gerne ausgelebt.



Fotos2: Haslinger

Wiens Singvögel brauchen unsere Hilfe

Der FPÖ-Antrag im Bezirksparlament, Maßnahmen zur Unterstützung der heimischen Vogelwelt zu setzen, wurde von der Brigittenauer Bezirksvertretung einstimmig an den Umweltausschuss zugewiesen. Das ist der ideale Weg, um die erforderlichen Feststellungen treffen, die notwendigen Maßnahmen skizzieren und diese anschließend in der Bezirksvertretung beschließen zu können.

Intention des freiheitlichen Antrags ist der markante Rückgang in den Bestandszahlen einiger Vogelarten und das lokale Verschwinden von Singvogelpopulationen. Die Ursachen sind vielfältig, aber durchwegs bekannt. Der Verlust an Nistplätzen und Futterquellen durch fortschreitende Flächenversiegelung, zu intensive Parkbewirtschaftung und unsachgemäßen Baum- und Strauchschnitt zur Brutzeit der Vögel kann nicht mehr kompensiert werden. Dem ist aber unschwer Abhilfe zu schaffen und genau das fordern die Brigittenauer Freiheitlichen.

Wertvolle Altbaumbestände schonend behandeln, einzelne Rasenflächen zur Samenreife gelangen lassen, beeren-

tragende heimische Gehölze als Winternahrung anpflanzen oder hie und da ein Stück Totholz liegen lassen, wären schon bedeutende Hilfestellungen für unsere gefiederten Nachbarn. Dazu die richtigen Nistkästen an den richtigen Stellen angebracht, schon werden zahlreiche abgewanderte Sänger in unsere Gärten und Parks zurückkehren. Dazu bedarf es aber des politischen Willens und einer kontinuierlichen Linie der Stadt. Denn es nützt nichts, da oder dort Musteraktionen zu setzen, sich dafür medial selbst zu feiern, die Vögel in der übrigen Stadt aber für vogelfrei zu erklären.

Es gibt in Wien durchaus gute Ansätze des Bemühens, die werden aber nur punktuell spürbar, weil sie unkoordiniert ablaufen und sehr oft von höheren Interessen sabotiert werden. Das Ergebnis sind Rückgänge in der Vogelwelt, die regional und artenspezifisch teilweise zwischen 50 und 80 Prozent liegen. Diese Entwicklung umzukehren versucht die FPÖ Brigittenau mit besagtem Antrag.

Michael Howanietz



Foto: Internet

Wiener Taxi-Blamage

Das kommt halt, wenn Willkür herrscht und Kontrollen fehlen. Eine Peinlichkeit der Sonderklasse leistet sich die Stadt Wien mit ihren Taxi-Unternehmen. Jedem Wiener, der hie und da auf die Fahrdienste der Taxler angewiesen ist, wird aufgefallen sein, daß sich immer mehr Nicht-Österreicher hinter dem Volant tummeln.

Schwarzafrikaner fungieren dabei häufig als Boten für Drogengelder und die Einnahmen aus der schwarzafrikanischen Prostituiertenszene. – Behaupten Insider mit „böser Zunge“. Sie, aber auch andere zugereiste Chauffeure, sind häufig weder des Deutschen noch der englischen Sprache mächtig, kennen weder Fahrrouen noch Sehenswürdigkeiten.

Dieser Umstand hat Wien in einer Studie des deutschen ADAC nun den 18. Platz unter 22 getesteten Städten beschert. Unfreundliche Fahrer und absichtliche Umwege, eingeschränkte Fahrtüchtigkeit bis zu völliger Unkenntnis des Stadtplans waren dabei die vernichtenden Urteile der Tester. Bravo Rotgrün! Kann man da nur sagen, ist es nun also auch in einem weiteren Bereich gelungen, unsere Stadt international zum Affen zu machen. Für die „lebenswerteste Stadt der Welt“ keine gute Visitenkarte.



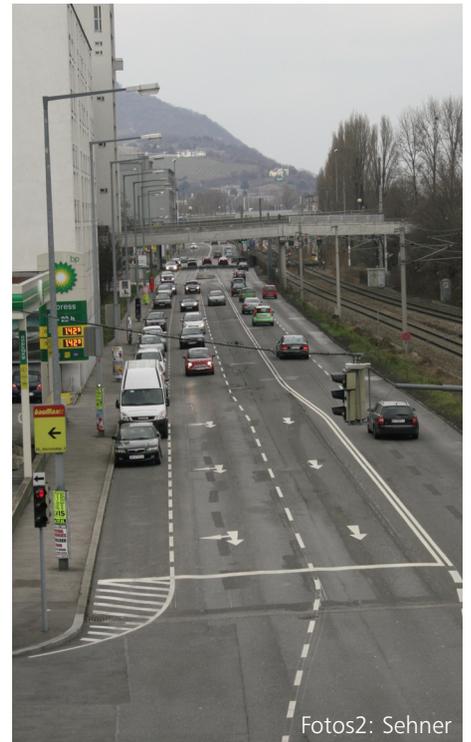
Weihnachtswunder am Handelskai



In einer Nacht-&-Nebel-Aktion wurde im Juni 2011 der Handelskai im Bereich bei der Stromstraße durch neue Bodenmarkierungen umgestaltet. Die Fahrbahnen wurden verbreitert und um über einem Meter verschwenkt. Dadurch wurden den Anrainern, die durch den Bau des Rivergate ohnedies zahlreiche Stellplätze verloren hatten, nunmehr auch alle Parkplätze entlang der dortigen Tankstelle geraubt.

Nachdem dieser Schildbürgerstreich von Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam aufgezeigt und in der Bezirkszeitung darüber groß berichtet wurde, setzte bei den Verantwortlichen ein Umdenken ein und es wurde eine Überprüfung der Situation zugesagt.

Kurz vor dem Jahreswechsel geschah dann ein kleines Weihnachtswunder: Die neuen Bodenmarkierungen wurden wieder durch die „alten“ ersetzt und die Anrainer erhielten ihre Parkplätze wieder!



Fotos2: Sehner

Brennende Autos



Fotos2: Internet

Brennende Autos kennen wir aus der Berichterstattung über soziale Unruhen in Paris oder Berlin. Neuerdings hat dieser unselige Trend auch Wien und Graz erreicht. Während es in Wien vor allem Streifenwagen der Polizei waren, die im Herbst brannten, waren es in Graz private PKW. Ob die rote Neidgenossenschaft mit ihren Parolen „Reiche jagen und enteignen“ etwas damit zu tun hat? Oder ob es sich dabei um die ersten deutlicheren Lichtsignale des multikulturellen Paradieses handelt?



Faymann verrät uns zum wiederholten Mal, wie oft noch?

In der österreichischen Politiklandschaft wurde schon vor dem 8. Dezember über die „Schuldenbremse“, die in Wirklichkeit eine Volksenteignungsmaschinerie nach Vorbild marxistischer Elitetechniken wie Stalin, Lenin und der sozialistische Terrorschurke des kommunistischen Nordkoreanischen Terrorregime des Kim Jong Il berichtet. Im Souveränen österreichischem Parlament wurde die „Volksenteignungsmaschinerie“ mit oppositioneller Einstimmigkeit abgelehnt.



Foto: Internet

Dennoch hat Werner Faymann das österreichische souveräne Parlament, und somit das Österreich und die Demokratie verraten und billig verkauft. Er hat nicht wie der britische Premier Cameron das inakzeptable „Angebot“ der EU mit den Worten: „Das Angebot ist nicht im Interesse Großbritanniens, und deswegen muss ich es ablehnen, wir werden nie diesen EURO annehmen und nie unsere Souveränität an Brüssel abgeben“, abgelehnt, sondern Österreich in noch schwierigere Zeiten hineinmanövriert.

Die Freiheitlichen werden weiter die Interessen der österreichischen Bevölkerung in Österreich wie auch in Brüssel vertreten und im Interesse aller ÖsterreicherInnen handeln

Dalibor Sumanski

Namenlose Helden

Auch heute, da die Zeitungen voll sind mit Horrormeldungen über ausländische Verbrecherbanden, Kindesmissbrauch und den Finanzkollaps, gibt es sie noch, die Helden des Alltags. Leider finden sie in den Schlagzeilen keinen Platz, werden bestenfalls als Randnotiz erwähnt oder gleich außen vor gelassen.

Deshalb sei an dieser Stelle all jenen Brigittenuuern, Wienerinnen und Wienern gedankt, die sich 2011 um ihre Mitwesen verdient gemacht haben. Ob es der Mitarbeiter der MA 48 ist, der einen verirrten Buben ins Infobüro eines Einkaufszentrums begleitete, ob es die junge Dame ist, die einen Einbrecher stellte und arrestierte. Ob es Mitbürger sind, die nicht wegsehen, sondern Unfallopfern helfen oder im Bedarfsfall Erste Hilfe leisten. Ob es die PKW-Lenkerin ist, die sich verwaister Fuchse annahm und so ihr Leben rettete.

All diesen Mitbürgern und vielen mehr sei an dieser Stelle für ihre Courage und ihren selbstlosen Einsatz gedankt. Wenn in den Schlagzeilen der Massenmedien auch kein Platz für sie ist, so wird ihre Hilfsbereitschaft belohnt werden, da der Mensch ja bekanntlich anzieht, was er selbst vorlebt.



„Gefährliche Grüne Idee“ oder, wenn einem nichts mehr einfällt...

Foto: Sehner

Im November vergangenen Jahres brachten die Brigittenauer Grünen folgenden Antrag im Bezirk ein:

Man solle die Gleise der Straßenbahn im Bereich Dresdnerstrasse, Friedrich-Engels-Platz, Marchfeldstrasse, und Teile der Linie 5 „begrünen“. Sie begründen ihren Antrag damit, dass es in Wien schon einige solcher Gleisstücke gäbe, der Pflanzenbewuchs den Lärm der Metallräder dämpfen würde und vom ökologischen Standpunkt für das Klima von Vorteil wäre, da die Grünflächen in der Nacht die Feuchtigkeit speichern würden, und es dadurch mehr Flächen im Bezirk gäbe, wo das Regenwasser abrinnen könne!

Soweit die wichtigsten Auszüge aus diesem Antrag!

Ich meine, alle diese Gründe sind an den Haaren herbeigezogen, da sie sich alle sehr leicht widerlegen lassen!

Die bereits in Wien vorhandenen Flächen, die in diesem Antrag angesprochen wurden, (Linie 62 - Lainzer Strasse und Linie 18 und O am Gürtel, in Höhe Heeresgeschichtlichem Museum) sind „selbständige Gleiskörper“, das heißt, auf diesen Streckenabschnitten fährt nur die Straßenbahn und daher gibt es hier keinen Individualverkehr. Daher ist es hier auch mehr oder weniger egal, wenn beim Bremsen auf nassem Gras der Bremsweg der Straßenbahn etwas länger ist. Was aber z.B. auf der Dresdner Strasse nicht der Fall wäre. Hier würde es bei Feuchtigkeit unweigerlich immer wieder zu Verkehrsunfällen kommen, da die Straßenbahn bei feuchten Schienen, bis zum 3-fachen ihres Normbremsweges brauchen würde!

Ein weiterer Punkt: wenn z.B. ein Fahrzeug in zweiter Spur steht, und der Fliessverkehr über die Grünflächen ausweichen müsste. Es wäre derselbe Effekt, es würde ständig zu brenzigen Situationen kommen. Nicht zuletzt ist an Einsatzfahrzeuge zu denken, welche bei Stau auf den Grünflächen überholen müßten. Sie würden sich bei „uns“ schön bedanken!

Auch der ökologische Standpunkt kann hier nicht punkten. Wenn die Grünflächen ständig feucht sind, würde es nicht leiser, sondern lauter - speziell in der Nacht, weil die Straßenbahn dadurch vermehrt mit Sandunterstützung fahren müsste.

Auch das Wasser könnte nicht so leicht abrinnen, da die Schienen auch wenn sie „begrünt“ sind, einen betonierten Unterbau benötigen. Durch die ständige Feuchtigkeit müßten auch öfters die Schienen gewechselt werden.

Mir, der ich seit nunmehr sechzehn Jahren aktiv im Naturschutz tätig bin, kann man sicher nicht vorwerfen, ich hätte nichts für „grüne“ Ideen übrig! Ganz im Gegenteil. Ich begrüße jeden Baum, der nicht gefällt wird oder neu gepflanzt wird, aber solchen „gefährlichen“ Ideen kann ich gar nichts abgewinnen!

Noch dazu wenn dieser Antrag von einer Fraktion kommt, die angibt „grün“ zu sein, aber mitverantwortlich ist, dass es in Wien bald keine NATURWACHT mehr geben wird!



BR Wolfgang Sehner

Ansprechpartner für:
Umwelt - Natur;
Bezirksentwicklung;
Zivil- und Katastrophenschutz

Grüne Scheinwelt

Die Grünen haben ihren ganz eigenen (und offenbar aus dem Traumland kommenden) Zugang zur Realität. Das ist nicht neu, treibt aber doch immer wieder erstaunliche Blüten. Da berichten Zeitungen tagelang über dramatisch steigende Asylwerberzahlen. Da decken Statistiken des Innenministeriums alljährlich auf, wie unglaublich dreist viele Asylwerber unser Gastrecht mißbrauchen und hierzulande ihren kriminellen Neigungen nachgehen. Da werden immer mehr Österreicher Opfer nichtösterreichischer Verbrecher.

Und was sagen die Grünen dazu? Sie beklagen, daß Asylwerber, die sich als Minderjährige ausgeben, im Zweifelsfall auf ihre angebliche Minderjährigkeit getestet werden. Das stößt den Grünen sauer auf, denn „im Zweifelsfall“ sei – ungeprüft - „für die Minderjährigkeit des Antragstellers“ zu entscheiden. Na gratuliere! Angesichts einer Unzahl über Dreißigjähriger, die sich als minderjährig ausgeben, um so ihr Verfahren zu beeinflussen, ist das ein weiteres Rezept aus der Kategorie Selbstbetrug.

Fehlt nur noch der Ratschlag, Ausländer sollten sich gleich als geborene Österreicher ausgeben, die nur durch unglückliche Umstände in die Fremde geraten seien, und die jetzt, gegen entsprechende Vergünstigungen versteht sich, bereit wären, heimzukehren. Werte GrünInnen! Das ist nicht Fremdenpolitik, das ist gezielte Überfremdungspolitik!

